U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

20 Jahrgang. No. 34 | Münster, Sask., Donnerstag den 4. Oktober 1923 | Fortlaufende No. 1022

Welt-Rundschau.

Deutschland und Frankreich.

Am 24. Sept. hat der deutsche Kanzler Dr. Stresemann die Vertreter der Entente benachrichtigt, daß die deutsche Regierung sich entschlossen habe, den passiven Widerstand in der Ruhr aufzugeben. —Deutschland, das der acht Monate lange passive Widerstand finanziell ruinierte, liegt also ein zweitesmal vor der Entente auf den Knien und bittet um Gnade und Barmherzigkeit. Das einst so stolze, tapfere Volk, das in einem 4 Jahre langen Ringen gegen fast die ganze Welt Wunder der Tapferkeit vollbracht; worüber die gesammte Menschheit staunte, liegt heute zermürbt und aufs tiefste gedemütigt vor den Füßen seines Todfeindes Poincare und bittet um Gnade! Und warum? Das Sprüchwort sagt: „Einigkeit macht stark", und seitdem der Kaiser und die übrigen Fürsten des Reiches ausgekniffen sind oder des Landes verwiesen wurden, fehlt Deutschland der Hirt, das Haupt. Das Volk regiert sich jetzt selber, d. h. jede Partei will die klügste sein und keine weiß, wie das Staatsschiff gelenkt werden soll, weil keiner ein richtiger Kapitän ist. Wie groß steht die Türkei heute wieder da!- Warum? Weil sie einen energischen Mann an die Spitze gesetzt hat. Deutschland hingegen tastet herum wie ein blinder Mann und frägt: „Wenn ich diesen oder jenen Schritt wage, was wird dann England sagen, was werden die Ver. Staaten sagen, was wird Frankreich tun? Heutzutage muß „jeder seines eigenen Glückes Schmied sein". Wenn Deutschland alle Demütigungen und Beraubungen über sich stumm und wie ein geduldiger Job ergehen läßt, muß es sich zuguterletzt nicht selbst seinen Untergang zuschreiben? Deutschland darf sicherlich nicht erwarten, daß fremde Mächte aus purer Liebe und Humanität, ihm beispringen und es wieder mächtig machen werden. Im Gegenteil, wenn ein Land dem Untergang zueilt, dann warten schon zehn andere wie die Aasgeier, um es zu zerstückeln und die Trümmer an sich zu reißen. Die gegenwärtige Zeit ist eine Zeit energischen Handelns. Wie kindlich hingegen, ja, fast fromm klingt da Dr. Stresemann's Botschaft vom 19. Sept. an das amerikanische Volk durch den „Universal Service". Sie lautet:

„Dreimal während der letzten Jahre hat sich Amerika vor aller Welt in die Entwickelung von Deutschlands Geschick eingemischt.

Durch seinen Eintritt in die Reihen unserer Feinde brachte es die Entscheidung in dem Weltkriege.

Durch die vierzehn Punkte des Herrn Wilson überredete es das deutsche Volk, zu glauben- daß ein Zeitalter des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung für die Völker begonnen habe und endlich:

Ihr Staatssekretär Hughes machte nur einige wenige Tage vor dem Einfalle in unser Land durch eine fremde Armee letzten Januar inmitten eines sogenannten Friedens den Vorschlag, daß eine internationale Konferenz von Sachverständigen einberufen werden sollte, um in unparteiischer und uninteressierter Weise die deutsche Zahlungsfähigkeit festzusetzen und einen gerechten und vernünftigen Ausgleich in der Ausführung der Reparationen herbeizuführen.

Die erste und die zweite Einmischung haben das Schicksal Europas schwer betroffen und in entscheidender Weise verändert. Der Vorschlag des Herrn Hughes blieb leider nur ein Programm und ist unglücklicherweise nie in die Wirklichkeit übertragen worden. Diese Tatsache hat das große europäische Festland in eine Katastrophe gebracht und hat beinahe eine vollständige Verzweiflung herbeigeführt. Seit langer Zeit wissen wir, daß Europa alles selbst tun muß, um sich zu retten und daß die Ver. Staaten allen jenen Problemen den Rücken gewandt haben, welche uns als maß- und ausschlaggebend für das Leben oder den Tod der Nationen erscheinen. Ich persönlich gehöre zu den Leuten, welche trotz aller Enttäuschungen nie das Vertrauen zu den hohen moralischen Verpflichtungen und dem gesunden Menschenverstande des amerikanischen Volkes verloren haben.

Ich kann nicht glauben, daß das jetzige Verhalten der Vernachlässigung und der Gleichgültigkeit dem Geschicke des alten Mutterlandes gegenüber bestehen bleiben kann. Ich kann dies absolut nicht verstehen. Soweit ich in Frage komme, werde ich versuchen und hoffe, daß ich darin Erfolg haben werde, einen Weg zur Lösung des Reparationen-Problems zu finden, besonders ehe es zu spät wird, um den Rhein und die Ruhr zu retten. Ich wiederhole an dieser Stelle, daß das deutsche Volk in überwiegender Mehrzahl willens ist, jede Muskel anzuspannen, um soviele Reparationen wie irgend möglich zu zahlen. Daß es willens ist, unter Zuständen zu leben, unter welchen es kaum noch atmen kann und daß es willens ist, sich allen Mühsalen zu unterziehen, um unseren geliebten Rhein und die Ruhr zu retten. Ich hoffe, daß man in Amerika dieses einfache klare Prinzip verstehen wird, welches nicht nur die Grundlage meiner Politik bildet, sondern welches auch die ganze Welt betrifft, damit das deutsche Volk zur Ruhe, Ordnung und friedlicher, wenn auch noch so schwerer Arbeit zurückkehren kann."

Die schwierige Entscheidung der deutschen Regierung, den passiven Widerstand in der Ruhr aufzugeben, fiel nach tagelangen Beratungen des Kabinetts mit Vertretern der städtischen Verwaltungen, der Industrie und der Arbeiterschaft aus allen Teilen des besetzten Gebietes und den Regierungschefs sämtlicher Bundesstaaten, in denen eine eingehende Prüfung der Lage im Ruhrgebiet und den Rheinlanden vorgenommen wurde. Man war offenbar zu der Einsicht gekommen, daß die weitere Aufrechterhaltung des Widerstandes eine innere Krisis in Deutschland würde herbeiführen müssen, die sich leicht zu einer folgenschweren Katastrophe werde auswachsen können.

Um eine Lostrennung Bayerns vom Deutschen Reiche zu verhindern und um sonstige Aufstände im Lande im Keime ersticken zu können, wurde am 26. September Dr. Geßler, der Verteidigungsminister, zum Diktator aufgestellt, während Dr. von Kahr in Bayern ähnliche Befugnisse erteilt wurden.

Aus Paris wurde unterm 25. September gemeldet: Es wurde angedeutet, daß der nächste Schritt Poincarés angesichts der deutschen Unterwerfung sein würde, die alliierte Reparationenkommission zu ersuchen, die durch die Unterwerfung geschaffene Lage zu bedenken. Sobald die deutsche Regierung die Befehle zum Widerstande offiziell widerruft, wird General De Goutte die Weisung erhalten, die Besatzung der Ruhr so unsichtbar wie möglich zu machen.

Das Vorgehen der deutschen Regierung, das den passiven Widerstand abberief, gilt nicht als vollständige Klärung der Lage in der Ruhr. Der dortige Widerstand wird erst als beendet erachtet werden, wenn Berlin alle Befehle an die Beamten und die Bevölkerung in der Ruhr, Widerstand zu leisten gegen die französischen und belgischen Behörden, widerrufen haben wird. Die Nachricht, daß dem Widerstande in der Ruhr ein Ende befohlen worden sei, wurde mit Befriedigung aber zur gleichen Zeit auch mit einer gewissen Unsicherheit hinsichtlich der Wirkung auf die deutsche Reparationenfrage aufgenommen. Der „Figaro" sagt: „Kanzler Stresemann mag in bester Absicht handeln, aber die Widerrufung des passiven Widerstandes in der Ruhr beweist nicht, daß er die Reparationen zu zahlen willens ist. Stresemann gibt der Notwendigkeit nach, er muß die Waffen strecken, weil er kein Geld hat." Die Telegramme von Berichterstattern für französische Zeitungen aus Berlin sind sehr vorsichtig gehalten und besagen, daß die Beendigung des passiven Widerstandes nicht von so großer Bedeutung sein möge, wie man zu erwarten schiene.

Sollte die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht von gewalttätigen Ausbrüchen begleitet sein, so werden die Alliierten, wie man hier annimmt, sich sofort der Notwendigkeit gegenübersehen, eine neue Besetzungs-Herrschaft einzuführen. Die Voraussetzung ist, daß die Industrieführer in der Ruhr, frei von allen Einschränkungen durch die Berliner Regierung, ihr Versprechen wiederholen werden, welches sie nach der Besetzung gegeben hatten, daß sie die Kohlensteuer, welche von den Behörden der Besetzung verlangt wurde, bezahlen würden und daß sie mit denselben Hand in Hand arbeiten würden. Es wird angenommen, daß die deutsche Regierung ersuchen wird, bis die neuen Vereinbarungen über die Bezahlungen von Reparationen getroffen worden sind, daß die vertriebenen Beamten die Erlaubnis erhalten sollen, nach der Ruhr zurückzukehren, daß die gefangen gehaltenen Magnaten, unter ihnen Dr. von Bohlen, freigegeben werden sollen und daß die Strenge der Besetzung vermindert werden solle. Soweit Information über diese Punkte erlangt werden konnte, deutet diese an, daß kein starker Widerspruch gegen eine Veränderung in der Besetzungsherrschaft vorliegen wird und daß die französische Regierung willens sein wird, die Unannehmlichkeiten derselben auszuschalten. Die Rückkehr der deutschen Beamten dagegen ist eine Sache ernstlicher Natur, weil die meisten von ihnen Preußen sind, und man befürchtet, daß sie den Alliierten neue Hindernisse in den Weg legen mögen. Milde gegen die eingekerkerten Deutschen wird als sicher erwartet, sobald die deutsche Regierung ihren guten Willen betätigt, ihre Verpflichtungen auszuführen und wenn die industriellen Führer ihre Bereitwilligkeit zeigen zu kooperieren. Die Hauptschwierigkeit für die Alliierten wird sein, den Distrikt mit Nahrungsmitteln zu versorgen und Märkte für die Exportwaren zu finden.

Italien.

Der italienisch-griechische Zwischenfall, der durch die Ermordung der italienischen Mitglieder der gemischten Grenzkommission zur Festlegung der Grenzen Albaniens und durch das forsche Vorgehen Mussolinis heraufbeschworen wurde, ist durch die erfolgte Sühneleistung seitens Griechenlands beigelegt worden. Am 27. September begann Italien mit der Räumung der von seinen Truppen besetzten Insel Korfu, und damit ist diese Episode, die leicht zur Entfachung eines neuen Weltbrandes hätte führen können, endgültig zum Abschluß gebracht.

Aber der Feuerbrand Mussolini scheint die Ruhe zu hassen wie das Wasser das Feuer. Entweder drängt ihn sein Temperament, eine innere Freude an Kampf und Konflikt, zu neuen außenpolitischen Zwistigkeiten, oder er bedarf dieser zur vorübergehender Festigung seiner Stellung als Haupt der Regierung; vielleicht reichen sich auch beide Beweggründe brüderlich die Hand. Daß er eine feurige Natur, ist nach allem Voraufgegangenen nicht zu bestreiten, und die Kommunisten und seine sonstigen Gegner in Italien sorgen schon dafür, daß er sich nicht allzu sicher auf seinem Throne fühlt. Nun hat er zur Abwechslung wieder mal die Fiume-Frage angeschnitten, und zwar, wie von ihm nicht anders zu erwarten, mit einer herrischen Geste, indem er General Giardino als Generalgouverneur nach der wichtigen Hafenstadt entsandte, nachdem dort die Regierung des durch vorhergehende Abmachungen eingerichteten „unabhängigen Staates" am 16. September zurückgetreten war. Die Entsendung des Generals soll allerdings nicht, wie bald nachher in Rom amtlich bekannt gegeben wurde, als eine Besitzergreifung der Stadt durch Italien angesehen werden, sondern sie sei nur im Interesse der Ordnung erfolgt, und um ernste Verwicklungen zu verhüten. Wie es scheint, hat man denn auch in Belgrad diesen Schritt nicht als einen beleidigenden Affront angesehen und amtlich erklärt, daß man die Fiume-Frage in separaten Verhandlungen mit Italien zu lösen versuchen werde. So leicht dürfte sich aber bei den sich schroff zuwiderlaufenden Gelüsten und Forderungen der beiden in Betracht kommenden Länder, Italiens und Jugoslaviens, diese Lösung nicht finden lassen.

Bulgarien.

Zweihundert Kommunisten Führer sind in Bulgarien hingerichtet worden, wie Nachrichten aus Sofia melden und Kommunismus ist von der Regierung als ungesetzlich erklärt worden. Kürzliche zuverlässige Meldungen aus Bulgarien besagten, daß dort eine Bewegung im Gange sei die Regierung zu stürzen und daß die Kommunisten und die Landwirte den Plan unterstützten. Eine Reihe von Erhebungen hat stattgefunden und obgleich die Bewegung der Führerschaft zu entbehren scheint, soll sie doch stark sein. Eisenbahnlinien in der südlichen Gegend sind zerstört worden und die Regierung hat große Truppenaufgebote nach den Distrikten eiligst entsandt. Am Sonntag in einer den ganzen Tag währenden Schlacht zwischen regulären Truppen der bulgarischen Regierung und Revolutionären, wurden zwanzigtausend Mann getötet, sagte eine Drahtnachricht aus Belgrad an die „Daily News", welche sich auf die Zeitung „Politika" stützte. Die Nachricht enthielt keine Angaben über den Platz, an welchem die Schlacht stattgefunden haben soll, dieselbe soll aber in der Nähe von Sofia ausgetragen worden sein. Nach Nachrichten des auswärtigen Amtes, ermöglicht das Kriegsrecht die Niederwerfung der Revolution durch die Regierung. Die Verluste wurden in diesen letzten Nachrichten nicht erwähnt.

Paris. Das bulgarische Kabinett hat infolge der agrarischen Revolution resigniert, meldete eine Nachricht aus Sofia an das auswärtige Amt. Das Ministerium wurde sofort von dem Justizminister, einem National-Liberalen, reorganisiert. Eins der gefährlichsten Aemter in der Welt ist das des bulgarischen Kabinettsministers. Von den 86, welche seit dem Jahre 1911 in diesen Aemtern gewesen sind, wurden fünf ermordet, 64 haben lange Gefängnisstrafen erhalten und acht wurden aus dem Lande gewiesen. Nur neun Ministern war es vergönnt, ihre Aemter zu halten ohne irgend welcher Weise verletzt zu werden oder ihre Freiheit zu verlieren. Seit 1912 ist die Ernennung zum Ministerium beinahe als der Todesstrafe gleich erachtet worden. Von dem Gaschow Kabinette, welches während des ersten Balkankrieges in Macht war, sind zweitot, zehn im Gefängnisse und zwei verbrannt. Fünfzehn Angehörige des nächsten Kabinettes schmachten noch immer im Gefängnisse. Das Kabinett Theodoroff hatte das größte Glück. Fünf Mitglieder konnten frei bleiben, während nur in die Gefängnisse geworfen wurden. Das Stambouliski Kabinett brach alle bisherigen Rekorde, denn zwei Angehörige desselben wurden ermordet, vierzehn eingekerkert und zwei aus dem Lande verwiesen.

Die politische Abteilung der Berliner Polizei ist vom Minister des Innern angewiesen worden, einen russischen Untertanen namens Jacowleff festzunehmen, der in die Niedermetzelung des Zaren Nikolaus und der anderen Mitglieder der kaiserlich russischen Familie verwickelt gewesen sein soll. Die Polizei sagt, daß sie seit mehreren Wochen von der Anwesenheit Jacowleffs gewußt hat, aber außerstande gewesen ist, ihn festzunehmen. Jacowleff steht im Verdacht, der berüchtigte Yurowski zu sein, der angebliche Anführer der Mörderbande. Die Sowjetbotschaft stellt in Abrede, etwas von seiner Anwesenheit in Berlin zu wissen, aber die Polizei behauptet, daß er sich hier seit einiger Zeit verborgen hält. Wenn er gefunden wird, wird er als unwünschenswerter Ausländer ausgewiesen.

Kriegszustand im Staate Oklahoma.

Aufrührerische Tätigkeit des Ku-Klux-Klan gegen den Gouverneur.

Der Staat Oklahoma hat einen gesetzliebenden und gesetzachtenden Gouverneur, der auch den Mut hat, selbst unter Gefährdung seines eigenen „Ichs" gegen finstere starke Mächte vorzugehen. Die Ku Klux Klan sind in diesem Staate sehr stark geworden; sie fingen an, den reinsten Terrorismus auszuüben. Da schritt der Gouverneur, Walton, mit blanker Waffe dagegen ein; er verbot das Maskentragen in Versammlungen und Paraden und strengte den Prozeß gegen Schuldige an. Da die Klaner aber sein Verbot unbeachtet ließen, so verhängte er den Kriegszustand über den Staat. Bald erhob sich eine mächtige Opposition gegen den Gouverneur, woraus sich erkennen läßt, daß zu den Klanern oder zu ihren Freunden eine ganze Masse von Abgeordneten, Richtern, Advokaten und sonstige Politiker gehören. Diese haben sich gegen den Gouverneur verschworen. Sie wollen die Legislatoren zu einer Extrasitzung einberufen, in der die Absetzung des Gouverneur beschlossen werden soll. Sie behaupten, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sei gegen die Maßnahmen des Gouverneurs. Derselbe habe seine Macht mißbraucht, habe Beamte ernannt, die unpatriotisch seien, habe gedroht, Personen verhaften zu lassen, wenn sie sich versammeln würden, habe freie Rede und freie Presse unterdrückt und sich eine Diktatur angemaßt, wie etwa ein Rivera in Spanien oder ein Mussolini in Italien.

Gouverneur Walton aber blieb die Antwort nicht schuldig. In einer öffentlichen Bekanntmachung legte er die Tatsachen dar, wie sie in Gerichtsverhandlungen durch Zeugen erhärtet worden sind und nannte Polizeigewaltige und Richter, die Partei für die Klaner genommen, oder selbst solche seien. Der Gouverneur appellierte dann an das Volk, die Konstitution, welche Freiheit der Religion, Gleichheit der Rassen vor den Gesetzen garantiere, hochzuhalten. Er habe jetzt den Rubicon überschritten, er habe die Staatsmiliz aufgeboten, werde jetzt auch die Artillerie aufbieten und werde, wenn nötig, sich an die Regierung in Washington wenden. Die Klaner seien die gefährlichsten Bürger des Staates- und gerade das Gegenteil, was sie behaupten zu sein. Der Gouverneur gab zur weiteren Aufklärung die Aussagen eines Zeugen im Militärgericht in Oklahoma City bekannt. Der Zeuge war Dr. A. Maupin, ein Zahnarzt, der erklärte, daß er im April 1920 Klaner geworden. Ein Mann namens McCarron aus Houston, Texas, sei nach Oklahoma gekommen, um die Leitung der antikatholischen, antijüdischen und anti Neger Bewegung zu übernehmen und überhaupt den Kampf gegen die Ausländer zu führen, sowie die Auspeuischer Parteien zu organisieren. Er sagte weiter, eine Verschwörung, den Gouverneur auszupeitschen, sei mißlungen, weil die dafür bestimmten Klaner Furcht gekriegt hatten.